

Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration			13. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 27.10.2016	Sitzungsbeginn: 16:36 Uhr	Sitzungsende: 18:15 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Sitzungsraum II, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Tischvorlagen:

- **Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats, Teilbudget 5 (Ehrenamt, Gesundheit und Integration in Quartieren):
Konzept Stadtteilbezogene Familienarbeit (Vorlage Nr. 120/16)**
- **Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats im Teilbudget 4 (Sicherheit) Extremismusprävention:
Finanzierung des Beratungsangebotes „kitab“ (Vorlage Nr. 121/16)**

Die Verwaltung erklärt zu Beginn den Grund für den Versand der Tischvorlagen und macht einen Vorschlag zur Einordnung in die Tagesordnung.

Herr Tuncel (Die Linke) stellt den Antrag, die Tischvorlagen auszusetzen.

Frau Ahrens (CDU) weist darauf hin, dass Punkt 4f neu bereits im Jugendhilfeausschuss behandelt wurde.

Gegen die Fraktion Die Linke genehmigt die Deputation folgende geänderte Tagesordnung:

1. Protokoll über die Sitzung am 08.09.2016
2. Produktbereichs-Controllingbericht 2016 (Januar bis Juni) für den Produktplan 41 - Jugend und Soziales - inkl. Bericht Sozialleistungen Juni 2016, neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt und Haushaltsvollzugsangelegenheiten
(Vorlage Nr. 113/16)
3. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) im Jahr 2015
(Vorlage Nr. 114/16)
4. Flüchtlinge
 - a) Bedarfsplanung zur Unterbringung von Flüchtlingen (öffentlicher Teil) sowie Objektliste für Anmietungen im Asylbereich (nicht öffentlicher Teil)
(Vorlage Nr. 115/16)
 - b) Förderrichtlinien über den Betrieb von Einrichtungen zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Land und in der Stadt Bremen
(Vorlage Nr. 116/16)

- c) Berichtsbitte der Fraktion Die Linke „Aufenthaltsrechtliche Fragebögen in Unterkünften für Geflüchtete“ vom 01.09.16
(Vorlage Nr. 117/16)
- d) Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF/umA)
Anpassung der Zugangsprognose für die Jahre 2016 und 2017
Folgen für die Unterbringungs- und Investitionsplanung
(Vorlage Nr. 118/16)
- e) Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung der Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und des Integrationskonzeptes zur Aufnahme und Integration für Flüchtlinge
(Vorlage Nr. 119/16) **-ausgesetzt-**
- f) Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats, Teilbudget 5 (Ehrenamt, Gesundheit und Integration in Quartieren):
Konzept Stadtteilbezogene Familienarbeit
(Vorlage Nr. 120/16)
- g) Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats im Teilbudget 4 (Sicherheit)
Extremismusprävention:
Finanzierung des Beratungsangebotes „kitab“
(Vorlage Nr. 121/16)
5. Übertragung der Erstberatung bei Häuslicher Gewalt an die Beratungsstelle Neue Wege
Hier: Sachstandsbericht zur Aufgabenübertragung zum 01.02.2015 und Durchführung eines Modellprojekts zur Ausweitung der Aufgabenübertragung nach Wegweisung durch die Polizei
(Vorlage Nr. 123/16)
6. Verschiedenes
- a) Rollstuhlgerechter Wohnraum
(Berichtsbitte der Fraktion Die Linke vom 13.09.16)
(Vorlage Nr. 124/16)
- b) Fachgutachten zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft
(Berichtsbitte der Fraktion Die Linke vom 28.09.16)
(Vorlage Nr. 125/16)

Nicht öffentlicher Teil

7. Flüchtlinge
Objektliste für Anmietungen im Asylbereich
(Vorlage Nr. 128/16)
8. Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB VIII
(Nachfolge OK.JuG)
(Vorlage Nr. 127/16)

Tagesordnungspunkt 4g „Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats im Teilbudget 4 (Sicherheit) - Extremismusprävention: Finanzierung des Beratungsangebotes „kitab“ wird vorgezogen, da die Autorin Frau Frank an der Gesamtbeirätekonzferenz teilnehmen muss.

TOP 4g: Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats im Teilbudget 4 (Sicherheit) Extremismusprävention: Finanzierung des Beratungsangebotes „kitab“ (Vorlage Nr. 121/16)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Frau Grönert (CDU) erklärt, dass die Fraktion der CDU das Projekt begrüßt, aufgrund der haushaltsrechtlichen Umsetzung der Vorlage aber nicht zustimmen wird.

Herr Tuncel (Die Linke) erklärt, dass das Projekt unterfinanziert sei.

Herr Buhlert (FDP) und Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßen das Projekt.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU folgenden

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt das vorgelegte Konzept Beratungsangebot „kitab“ im Rahmen der Umsetzung des Integrationskonzeptes, Teilbudget 4 (Sicherheit) zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Frauen, Integration und Sport um Umsetzung der Maßnahmen in 2017.

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 08.09.2016

Frau Leonidakis (Die Linke) weist darauf hin, dass zu TOP 3 die Äußerung der Opposition unvollständig wiedergegeben sei. Dieses betreffe vor allem die Frage einer Vorabantragstellung.

Die Verwaltung erklärt: Eine Vorabantragstellung ist nicht möglich.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll mit den Änderungen über die Sitzung am 08.09.2016.

TOP 2: Produktbereichs-Controllingbericht 2016 (Januar bis Juni) für den Produktplan 41 - Jugend und Soziales - inkl. Bericht Sozialleistungen Juni 2016, neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt und Haushaltsvollzugsangelegenheiten (Vorlage Nr. 113/16)

Auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 2 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 27.10.2016 wird verwiesen.

Die Deputation fasst folgenden geänderten

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Produktbereichs-Controllingbericht 2016 (Juni) und den Bericht Sozialleistungen, Juni 2016, zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt Kenntnis von der geänderten Verantwortlichkeit im Produktgruppenhaushalt.
3. Gegen die Fraktion der CDU fasst die Deputation folgenden Beschluss:
Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt den vorgeschlagenen Aufhebungen von Sperrern zu.
4. Gegen die Fraktionen der CDU, der FDP und Herrn Tassis (AfD) fasst die Deputation folgenden Beschluss:

Sie ermächtigt die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport darüber hinaus zur Einleitung aller notwendigen haushaltsrechtlichen Schritte zur Abdeckung von Haushaltsmehrbedarfen und Risiken 2016.

5. Einstimmig fasst die Deputation folgenden Beschluss:

Über den Umsetzungsstand ist zu berichten.

TOP 3: Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) im Jahr 2015 (Vorlage Nr. 114/16)

Auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 4 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 27.10.2016 wird verwiesen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Sponsoringbericht 2015 des Ressorts zur Kenntnis.

TOP 4: Flüchtlinge

a) Bedarfsplanung zur Unterbringung von Flüchtlingen (öffentlicher Teil) sowie Objektliste für Anmietungen im Asylbereich (nicht öffentlicher Teil) (Vorlage Nr. 115/16)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Nachfragen. Derzeit seien etwa 700 junge Volljährige im System der Jugendhilfe, diese wechseln nicht automatisch in das Versorgungssystem der Erwachsenen.

Frau Krümpfer (SPD) erklärt, dass der geplante Standort in der Gröpelinger Heerstraße gegen den Beirat geplant und umgesetzt wurde. Sie befürchtet eine Überforderung des Stadtteils.

Die Verwaltung erklärt, dass im ganzen Stadtgebiet Übergangwohnheime geplant und umgesetzt werden müssen. Dabei muss immer auf die Gegebenheit des Stadtgebiets eingegangen werden.

Die Fraktion Die Linke stellt den Antrag, wie unter TOP 2 der staatlichen Sitzung am 27.10.16 „2. Produktbereichs-Controllingbericht 2016 (Januar bis Juni) für den Produktplan 41 - Jugend und Soziales - inkl. Bericht Sozialleistungen Juni 2016, neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt und Haushaltsvollzugsangelegenheiten“, mit dem „Real-Case“ zu rechnen.

Dem Änderungstrag der Fraktion Die Linke stimmen die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Herr Tassis (AfD) nicht zu.

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt Kenntnis.
2. Die Deputation stimmt der Weiterleitung dieses Berichtes an den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

b) Förderrichtlinien über den Betrieb von Einrichtungen zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Land und in der Stadt Bremen (Vorlage Nr. 116/16)

Auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 5 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 27.10.2016 wird verwiesen.

Die Fraktion Die Linke stellt den Antrag, den Personalschlüssel im Bereich der ambulanten Betreuung von 1,25 auf 5,0 zu erhöhen.

Gegen den Antrag der Fraktion Die Linke stimmen die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, der FDP und Herr Tassis (AfD) dagegen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Förderrichtlinie über den Betrieb von Einrichtungen zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in der Stadtgemeinde Bremen zu und bittet um weitere Veranlassung.

**c) Berichtsbitte der Fraktion Die Linke „Aufenthaltsrechtliche Fragebögen in
Unterkünften für Geflüchtete“ vom 01.09.16
(Vorlage Nr. 117/16)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und weist darauf hin, dass es nie ein rechtswidriges Verfahren gegeben hat. Es bestehen Mitwirkungspflichten der Betroffenen.

Das Verfahren wurde geändert, um den betroffenen Trägern nicht weiter der öffentlichen Kritik auszusetzen.

Frau Leonidakis (Die Linke) weist auf die Vorgeschichte hin und betont, dass das gewählte Verfahren problematisch sei und von ihrer Fraktion abgelehnt wird.

Herr Reetz (Innere Mission) beschreibt das Verfahren aus Sicht des Trägers und erklärt, dass die Mitarbeiter zu keinem Zeitpunkt mit Sanktionen gedroht hätten.

Herr Buhlert (FDP) und Frau Grönert (CDU) stimmen der Verwaltung zu.

Frau Leonidakis (Die Linke) bittet um einen Bericht, wie viele Personen abgemeldet wurden.

Frau Ahrens (CDU) bittet um Darstellung der rechtlichen Konsequenzen, wenn die Betroffenen nicht mitwirken.

Hinweis der Verwaltung: Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**d) Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF/umA)
Anpassung der Zugangsprognose für die Jahre 2016 und 2017
Folgen für die Unterbringungs- und Investitionsplanung
(Vorlage Nr. 118/16)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Verständnisfragen.

Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Aufschlüsselung der Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Geschlecht.

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Vorlage „Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen/Ausländern (umF/umA), Anpassung der Zugangsprognose für die Jahre 2016 und 2017“ und Folgen für die Unterbringungs- und Investitionsplanung zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um Weiterleitung der Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt, den investiven Bedarf Flüchtlinge im Bereich „Jugend“ zukünftig in der Produktgruppe

41.01.06 abzubilden und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und die Senatorin für Finanzen um die haushaltstechnische Umsetzung.

e) Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung der Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und des Integrationskonzeptes zur Aufnahme und Integration für Flüchtlinge (Vorlage Nr. 119/16) **-ausgesetzt-**

f) Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats, Teilbudget 5 (Ehrenamt, Gesundheit und Integration in Quartieren): Konzept Stadtteilbezogene Familienarbeit (Vorlage Nr. 120/16)

Die Verwaltung führt in die Vorlage und weist auf die Behandlung im Jugendhilfeausschuss hin.

Frau Senatorin Stahmann betont, dass die späte Behandlung in der Deputation nicht bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport begründet war.

Frau Grönert (CDU) erklärt aus den gleichen Gründen wie bei Tagesordnungspunkt 4g das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und Herrn Tassis (AfD) folgenden

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt das vorgelegte Konzept „Stadtteilbezogene Familienarbeit“ im Rahmen der Umsetzung des Integrationskonzeptes, Teilbudget 5 (Ehrenamt, Gesundheit und Integration in den Quartieren) zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Frauen, Integration und Sport um Umsetzung der Maßnahmen 2016.

TOP 5: Übertragung der Erstberatung bei Häuslicher Gewalt an die Beratungsstelle Neue Wege

Hier: Sachstandsbericht zur Aufgabenübertragung zum 01.02.2015 und Durchführung eines Modellprojekts zur Ausweitung der Aufgabenübertragung nach Wegweisung durch die Polizei (Vorlage Nr. 123/16)

Auf die Ausführungen zu TOP 6 im Protokoll über die Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 27.10.2016 wird verwiesen.

Beschluss

Die städtische Deputation Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Inneres

- im Rahmen eines Modellprojektes nach einer polizeilichen Wegweisung die Einwilligung zur Datenübermittlung von häuslicher Gewalt Betroffener einzuholen und diese Kontaktdaten an die Beratungsstelle „Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt“ zu übergeben. Ziel ist dabei, die niedrighschwellige aufsuchende Beratung für die Betroffenen weiter auszubauen.
- Nach 6 Monaten Laufzeit des Modellprojektes zu prüfen, ob das Modellprojekt weitergeführt und als Standardmaßnahme in die Alltagsorganisation übernommen wird oder ob nach Alternativen gesucht werden muss.

TOP 6: Verschiedenes

a) Rollstuhlgerechter Wohnraum

(Berichtsbitte der Fraktion Die Linke vom 13.09.16)

(Vorlage Nr. 124/16)

Frau Ahrens (CDU) berichtet von einem Einzelfall in der Elterngeldstelle.

Die Verwaltung bittet um Übermittlung konkreter Daten, um dem Fall nachgehen zu können.

Für die Sitzung am 17. November wird ein mündlicher Bericht der Amtsleitung angekündigt.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 05.10.2016 zur Kenntnis.

b) Fachgutachten zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft

(Berichtsbitte der Fraktion Die Linke vom 28.09.16)

(Vorlage Nr. 125/16)

Herr Erlanson (Die Linke) betont, dass seine Fraktion die Antwort unbefriedigend findet und fragt, ob die Verwaltung gegen einen vorliegenden Beschluss des Sozialgerichts Bremen vorgehen wird.

Frau Gräfe-Heigl (soz.erf.Dritte) weist auf den Beschluss des Gerichts hin. Das vorliegende Konzept sei demnach nicht schlüssig.

Die Verwaltung erklärt, dass der Beschluss noch rechtlich bewertet werden muss und sagt für die nächste Deputationssitzung einen Bericht zu.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 07.10.2016 zur Kenntnis.

Nicht öffentliche Sitzung, Beginn: 18:1 Uhr, Ende: 18:27 Uhr

TOP 7: Flüchtlinge

Objektliste für Anmietungen im Asylbereich

(Vorlage Nr. 128/16)

TOP 8: Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens

SGB VIII (Nachfolge OK.JuG)

(Vorlage Nr. 127/16)

Sprecher

Protokollführerin


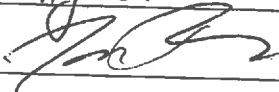
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

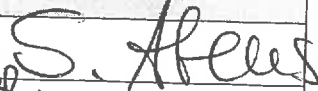
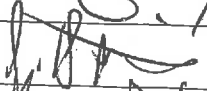
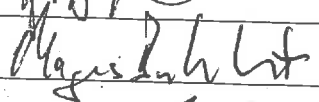
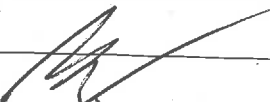
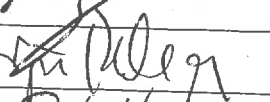
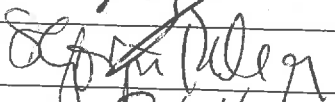
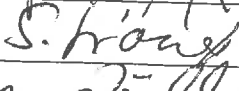
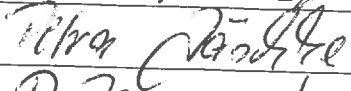
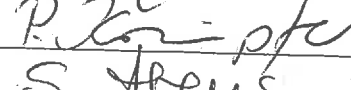
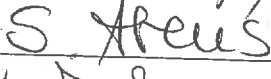
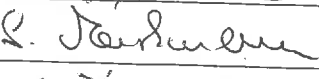
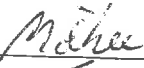
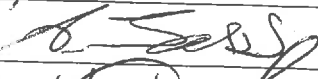
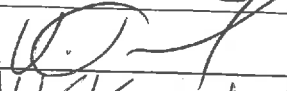
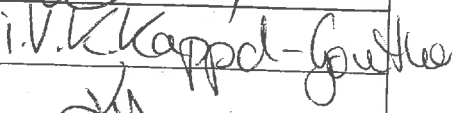
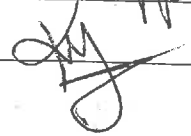
Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 27.10.2016	Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Raum II, Am Markt 20, 28195 Bremen
---	------------------------	--

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:02 Ende der staatlichen Sitzung: 16:26
 Beginn der städtischen Sitzung: 16:36 Ende der städtischen Sitzung: 18:27

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdB) CDU		X	
Brededorst, Gönül (Dep.) CDU SPD		X	
Dr. Buhlert, Magnus (MdB) FDP	X	X	
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		
Erlanson, Peter (MdB) Die Linke	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdB) B'90/Die Grünen i.V. Salmez Dogan	X		
Grönert, Sigrid (MdB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdB) SPD	X		
Krümpfer, Petra (MdB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU i.V. Sandra Ahrens	X		
Markmann-Breuer, Sabine (Dep.) SPD	X		
Möhle, Klaus (MdB) - Sprecher - SPD	X	X	
Tassis, Alexander (MdB) AfD		X	
Tuchel, Valentina (MdB) SPD	X	X	
Wendland, Susanne (MdB) - stellvert. Sprecherin - B'90/Die Grünen	X	X	
Yildiz, Kebire (MdB) B'90/Die Grünen		X	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 27.10.2016	Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Raum II, Am Markt 20, 28195 Bremen
---	------------------------	--

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Lutz	
Prof. Neumann	
Heiko Wodtke	
Matthias	
Steffen	
U. Clausen	
Henrike von Gropph.	
Miska Kahn	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Barbara Illene-Oles	Zukunft e. V.
Las Allmann	Zukunft e. V. + Unterstützungsges. AS BZ
Stefanie Fusticke	ISA / IBAIF (grüner)
Kaiser, Sebastian	Soziales REF 22
Olaf, Ben	Soziales REF 22
Oliver Böttcher	FDP - Norder
13. Vorstand Heide	GR / IDI
Inge Gräfe-Heyl	Soz. Verf. Deth, der Paritätischer
Wolfgang Lutz	Partnerschaftsverband

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische
Deputation für Soziales,
Jugend und Integration

Sitzung am: 27.10.2016

Sitzungsort: Haus der
Bürgerschaft, Raum II, Am Markt
20, 28195 Bremen

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Karin Markus	Seminarentwickler



Deputation für Soziales, Jugend und Integration (S)

Anlage zum Protokoll über die Sitzung vom 27.10.2016 zu TOP 4c S – Aufenthaltsrechtliche Fragenbögen in Unterkünften für Geflüchtete

Berichtsbitte: Zahl der abgemeldeten Flüchtlinge

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) bittet um Auskunft, wie viele Flüchtlinge abgemeldet worden sind.

In der Praxis sind keine Personen aufgrund fehlender Mitwirkungspflicht zum Auszug aufgefordert worden. Die Auszüge und Abmeldungen erfolgten allein aufgrund von Umverteilungsbescheiden, wenn die betroffenen Personen aufgrund der VILA-Umverteilung einem anderen Bundesland zugewiesen wurden. Dies betraf bis im Zeitraum 10.05.2016 (Inbetriebnahme der Notunterkunft Gottlieb-Daimler-Straße) zum 31.10.2016 insgesamt 26 Personen.

Berichtsbitte: Rechtliche Konsequenzen bei fehlender Mitwirkung

Frau Ahrens (Fraktion CDU) fragt, welche rechtlichen Konsequenzen für die Betroffenen bei fehlender Mitwirkung entstehen.

Grundsätzlich besteht eine in § 82 des Aufenthaltsgesetzes normierte Verpflichtung für Ausländer, ihre Belange und für sie günstige Umstände, soweit diese nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich bei der Ausländerbehörde gelten zu machen und hierfür die Nachweise, die sie erbringen können, unverzüglich beizubringen. Die Ausländerbehörde kann hierfür eine angemessene Frist setzen. Nach Ablauf dieser Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.

Im konkreten Fall der Anhörung zu § 15a AufenthG bedeutet dies, dass die Ausländerbehörde bei fehlender Mitwirkung nach Fristablauf nach Aktenlage entscheidet. Im Regelfall ist dann davon auszugehen, dass keine zwingenden Gründe gegen eine Umverteilung in ein anderes Bundesland bestehen. Weitere rechtliche Konsequenzen sind vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.